



**GESETZ vom 23. Dezember 2021, Nr. 238, betreffend "Bestimmungen zur Erfüllung der Verpflichtungen, die sich aus der Zugehörigkeit Italiens zur Europäischen Union ergeben - Europagesetz 2019-2020"**

analysiert von Veronika Meyer

In der Spalte auf der rechten Seite ist der Relevanzgrad der Bestimmungen in Bezug auf das Landesgebiet anhand folgender Indikatoren dargestellt:

<b>H</b>	Hoch (Bestimmungen, die direkt anwendbar sind oder in die Rechtsordnung des Landes aufzunehmen sind)
<b>N</b>	Niedrig (Bestimmungen, die für die Landesverwaltung von geringem Interesse sind)
<b>NR</b>	Nicht relevant
<b>A</b>	Bewertung in Ausarbeitung

Art.	Titel	Analyse des Inhalts	
<i>Capo I</i> <i>DISPOSIZIONI IN MATERIA DI LIBERA CIRCOLAZIONE DI PERSONE, BENI E SERVIZI</i>			
1	<i>Attuazione della direttiva 2014/54/UE del Parlamento europeo e del Consiglio relativa alle misure intese ad agevolare l'esercizio dei diritti conferiti ai lavoratori nel quadro della libera circolazione dei lavoratori – Caso Ares (2019) 1602365</i>	Der Artikel enthält Bestimmungen, die darauf abzielen, die Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit von Arbeitnehmern zu bekämpfen. Dem Nationalen Büro gegen Rassendiskriminierung (UNAR) wird ausdrücklich die Aufgabe zugewiesen, sich für die Förderung der Gleichbehandlung und der Beseitigung von Diskriminierung einzusetzen.	H
2	<i>Disposizioni in materia di circolazione in Italia di veicoli immatricolati all'estero</i>	Durch die Abänderung des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 285/1992 (sog. Straßenverkehrsordnung), werden Bestimmungen für den Verkehr von im Ausland zugelassenen Fahrzeugen in Italien eingeführt. Der neue Artikel 93-bis regelt die Formalitäten für den Verkehr von Kraftfahrzeugen, Motorrädern und Anhängern, die in einem anderen Staat zugelassen sind und von in Italien ansässigen Personen gelenkt werden.	H
3	<i>Disposizioni relative alle prestazioni sociali accessibili ai cittadini di Paesi terzi titolari di alcune categorie di permessi di soggiorno per lavoro, studio e ricerca – Procedura d'infrazione 2019/2100</i>	Es enthält eine Reihe von Änderungen, die den Artikel 41 (über die Sozialhilfe) des Einheitstextes der Bestimmungen zur Regelung der Einwanderung und der Bedingungen für Ausländer (gesetzesvertretendes Dekret Nr. 286/1998) betreffen, sowie eine Reihe von Sonderbestimmungen, die sich auf spezifische Sozialleistungen beziehen (Familienleistungen wie die Unterstützung für Familien mit mindestens drei minderjährigen Kindern, allgemeines Mutterschaftsgeld und Mutterschaftsgeld für atypische und prekäre Arbeitsverhältnisse, Geburtsbeihilfe, Gebühren im Zusammenhang mit dem Besuch von öffentlichen und privaten Kindertagesstätten sowie für die Einführung von Formen der häuslichen Betreuung zugunsten von Kindern unter drei Jahren, die an schweren chronischen Krankheiten leiden).	H
4	<i>Disposizioni di cooperazione con i centri di assistenza per il riconoscimento delle qualifiche professionali – Procedura di infrazione n. 2018/2175</i>	Legt fest, dass die Abteilung für Europapolitik des Ministerratspräsidiums in ihrer Eigenschaft als Unterstützungszentrum für die Anerkennung von Berufsqualifikationen umfassend mit den	H



		<p>Unterstützungszentren der anderen Mitgliedstaaten zusammenarbeiten muss: sowohl mit denen der Mitgliedstaaten, die den italienischen Berufsangehörigen aufnehmen, als auch mit denen der Herkunftsmitgliedstaaten der Berufsangehörigen, die in Italien tätig werden wollen.</p>	
5	<p><i>Disposizioni in materia di riconoscimento delle qualifiche professionali – Procedura di infrazione n. 2018/2295</i></p>	<p>Es wird eine Reihe von Änderungen des gesetzvertretenden Dekrets Nr. 206/2007, das die Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen umsetzt, vorgesehen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1) in den Anwendungsbereich der staatlichen Vorschriften über die Anerkennung von Qualifikationen fallen nicht nur Berufspraktika von italienischen Staatsbürgern, sondern auch jene von Staatsbürgern anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit Wohnsitz in Italien, die außerhalb des staatlichen Hoheitsgebiets absolviert werden.</li> <li>2) Was die Verwaltungszusammenarbeit zwischen den für die Anerkennung von Befähigungsnachweisen in den verschiedenen Mitgliedstaaten zuständigen Behörden betrifft, so soll die Möglichkeit der italienischen Behörden, die vom Antragsteller gemachten Angaben beim Herkunftsmitgliedstaat zu überprüfen, auf Fälle beschränkt werden, in denen „begründete Zweifel“ bestehen.</li> <li>3) Es wird auch verboten, von einem Dienstleister zu verlangen, dass er den Beruf im Herkunftsmitgliedstaat vorübergehend und gelegentlich ein Jahr lang ausgeübt hat, wenn der Beruf im Niederlassungsmitgliedstaat reglementiert ist. Die Möglichkeit der Durchführung entsprechender Prüfungen ist auf Fälle beschränkt, in denen „begründete Zweifel“ bestehen.</li> <li>4) Im Hinblick auf die Verpflichtungen zur Ausübung von zeitweiligen und gelegentlichen Dienstleistungen, insbesondere im Hinblick auf die vorherige Erklärung im Falle des Ortswechsels des Dienstleisters, entfällt die Verpflichtung des Dienstleisters, Informationen über die von ihm beabsichtigte Dienstleistung zu liefern.</li> <li>5) im Bereich der vorherigen Überprüfung der beruflichen Qualifikationen des Dienstleistungserbringers bei reglementierten Berufen, die Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit oder Sicherheit haben und für die keine Anerkennung erfolgt. Es wird präzisiert, dass eine vorherige Überprüfung nur dann möglich ist, wenn sie darauf abzielt, schwerwiegende Schäden für die Gesundheit oder Sicherheit des Dienstleistungsempfängers aufgrund der mangelnden beruflichen Qualifikation des Dienstleistungserbringers zu verhindern.</li> <li>6) Bei vorübergehender und gelegentlicher Erbringung von Dienstleistungen beschränken sich die Nachforschungen zwischen den zuständigen Behörden über die Zuverlässigkeit des Dienstleisters und das Ausbleiben berufsbezogener disziplinarischer oder strafrechtlicher Sanktionen auf die Fälle, in denen „begründete Zweifel“ an dem Dienstleister bestehen.</li> </ol>	H



		<p>7) Es werden Änderungen in Bezug auf die Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen, d. h. die Formalitäten, die in Italien - zusätzlich zur Qualifikation - von einer Person verlangt werden, die die Anerkennung einer in einem anderen Staat erworbenen Berufsqualifikation beantragt, um etwaige Unterschiede in der Ausbildung auszugleichen.</p> <p>8) Es werden Änderungen in Bezug auf die Berufstätigkeit von Hebammen, die Facharztausbildung und die spezifische Ausbildung in der Allgemeinmedizin vorgesehen (Aufnahme der beruflichen Tätigkeit der Hebamme in das System der „erworbenen Rechte“, auf deren Grundlage eine automatische Anerkennung des Berufs erfolgen kann, Bezeichnung als Facharzt aufgrund einer mindestens dreijährigen vorherigen Praxis, Anforderungen für die spezifische Ausbildung im Bereich Allgemeinmedizin).</p>	
6	<i>Disposizioni in materia di professioni ippiche. Corretta attuazione della direttiva 2013/55/UE</i>	Die beruflichen Qualifikationen von Rennpferdetrainern, Jockeys und Fahrern fallen nicht mehr in den Anwendungsbereich der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen.	N
7	<i>Disposizioni relative al punto di contatto unico. Procedura d'infrazione 2018/2374</i>	Sieht vor, dass die Verfahren zur Anerkennung von Berufsqualifikationen und Praktika sowie die Formalitäten, die für einen Dienstleistungserbringer erforderlich sind, der sich zum ersten Mal von einem anderen Mitgliedstaat in das nationale Hoheitsgebiet begibt, telematisch über die einheitliche Kontaktstelle abgewickelt werden können. Zudem müssen die Informationen über reglementierte Berufe und deren Zugangsverfahren, die auf einer einzigen Online-Plattform veröffentlicht werden, für die Nutzer klar und verständlich sein, über Fernverbindungen und auf elektronischem Wege leicht zugänglich sein und auf dem neuesten Stand gehalten werden. Die Informationen sollten auch in einer anderen Amtssprache der Europäischen Union bereitgestellt werden.	H
8	<i>Disposizioni relative all'etichettatura dei succhi di frutta ed altri prodotti analoghi destinati all'alimentazione umana – attuazione della rettifica della direttiva 2012/112/UE</i>	Sieht eine Änderung der auf der Etiketle angeführten Verkaufsbezeichnung von Fruchtsäften und anderen ähnlichen Erzeugnissen für den menschlichen Verzehr vor.	N
9	<i>Disposizioni per l'attuazione della direttiva (UE) n. 2019/633, in materia di pratiche commerciali sleali nella filiera agricola e alimentare</i>	Ändert die Regeln der Delegation zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/633, um eine gerechte Vergütung für landwirtschaftliche Unternehmen im Rahmen der Handelsbeziehungen in der Agrar- und Lebensmittelkette zu gewährleisten.	N
10	<i>Disposizioni in materia di contratti pubblici – Procedura di infrazione n. 2018/2273</i>	<p>Sieht einige Änderungen der Vergabeordnung (GvD Nr. 50/2016) vor:</p> <p>1) bei Gründen für den Ausschluss eines Wirtschaftsteilnehmers von der Teilnahme an einem Verfahren zur Vergabe eines öffentlichen Auftrags wird die Möglichkeit gestrichen, dass ein Wirtschaftsteilnehmer von einem Ausschreibungsverfahren ausgeschlossen werden kann, wenn sich der Ausschlussgrund nicht auf den Wirtschaftsteilnehmer selbst, sondern auf einen seiner Unterauftragnehmer bezieht,</p> <p>2) die Möglichkeit, im Falle einer gütlichen Einigung nach einem rechtskräftigen Urteil wegen bestimmter Verstöße an Vergabeverfahren teilnehmen zu dürfen, wird allein auf den</p>	H



		<p>Wirtschaftsteilnehmer beschränkt (und schließt damit den Subunternehmer aus),</p> <p>3) der Bieter ist nicht mehr verpflichtet, bei Bau-, Dienstleistungs- und Lieferaufträgen mit einem Betrag, der die EU-Schwellenwerte erreicht oder übersteigt, oder unabhängig von der Höhe des Ausschreibungsbetrags, bei Tätigkeiten, die stärker dem Risiko einer mafiösen Unterwanderung ausgesetzt sind, drei Unterauftragnehmer bei der Abgabe des Angebots anzugeben,</p> <p>4) das Fehlen von Ausschlussgründen bei Unterauftragnehmern muss nicht vom Bieter, der die Tätigkeiten untervergeben hat, sondern vom Unterauftragnehmer selbst nachgewiesen werden,</p> <p>5) in Bezug auf die Regelung der Untervergabe in Konzessionsverträgen sind "große" Wirtschaftsteilnehmer nicht mehr verpflichtet, bei Angebotsabgabe die Namen von drei Unterauftragnehmern anzugeben,</p> <p>6) zu den zur Teilnahme an den Verfahren zur Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen zugelassenen Personen gehören auch andere Personen, die nach staatlichem Recht berechtigt sind, dieselben Leistungen auf dem Markt anzubieten,</p> <p>7) Es wird eine detaillierte Regelung bezüglich der vom Bauleiter, dem Ausführenden und dem einzigen Verfahrensverantwortlichen (RUP) zu erfüllenden Aufgaben im Hinblick auf die Annahme des Stands der Arbeiten (SAL) und des entsprechenden Zahlungsnachweises eingeführt.</p> <p>Mit einer Änderung des Ministerialdekrets Nr. 192/2017, das die Verfahren für die Auswahl des Auftragnehmers und die Ausführung des im Ausland auszuführenden Auftrags regelt, wird zudem die Möglichkeit geschaffen, dass Unteraufträge insgesamt dreißig Prozent der Gesamtsumme des Auftrags übersteigen können.</p> <p>Zudem wird vorgesehen, dass die im Kodex vorgenommenen Änderungen auf die Verfahren von Ausschreibungen oder Bekanntmachungen Anwendung finden, die nach dem Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes veröffentlicht werden, sowie - bei Aufträgen ohne Veröffentlichung von Ausschreibungen oder Bekanntmachungen - auf Verfahren, bei denen zum gleichen Zeitpunkt noch keine Aufforderungen zur Abgabe von Angeboten oder Kostenvoranschlägen versandt wurden.</p>
11	<p><i>Disposizioni relative alla protezione dagli effetti extraterritoriali derivanti dall'applicazione di una normativa adottata da un Paese terzo, e dalle azioni su di essa basate o da essa derivanti. Attuazione del regolamento (CE) n. 2271/96</i></p>	omissis
12	<p><i>Disposizioni relative alle procedure di autorizzazione all'esportazione di prodotti e di tecnologie a duplice uso e dell'applicazione delle sanzioni in materia di embarghi commerciali, nonché per ogni tipologia di operazione di esportazione di materiali proliferanti. Attuazione del regolamento (CE) n. 428/2009</i></p>	omissis



13	<i>Disposizioni in materia di immissione sul mercato e uso di precursori di esplosivi. Attuazione del regolamento (UE) 2019/1148</i>	<i>omissis</i>	
<i>Capo II DISPOSIZIONI IN MATERIA DI SPAZIO DI LIBERTÀ, SICUREZZA E GIUSTIZIA</i>			
14	<i>Disposizioni in materia di inammissibilità delle domande di protezione internazionale. Sentenza pregiudiziale della Corte di Giustizia (UE) nelle cause riunite C-297/17, C-318/17 e C-319/17</i>	<i>omissis</i>	
15	<i>Disposizioni in materia di validità e rinnovo del permesso di soggiorno UE per soggiornanti di lungo periodo. Attuazione della direttiva 2003/109/CE e del regolamento (UE) n. 2017/1954</i>	Es wird eine Gültigkeitsdauer für die EU-Aufenthaltserlaubnis für langfristig aufenthaltsberechtigte Personen von zehn Jahren für volljährige ausländische Bürger und von fünf Jahren für Minderjährige eingeführt. Mit diese die Anerkennung des entsprechenden Status während seiner Gültigkeit zu bescheinigt.	N
16	<i>Disposizioni in materia di proroga del visto d'ingresso per soggiorni di breve durata. Attuazione del regolamento (CE) n. 810/2009</i>	Sieht die Verlängerung des Einreisevisums für Ausländer für kurze Aufenthalte vor. Die Verlängerung wird von der Provinz, in der sich der Ausländer befindet, angeordnet und erlaubt dem Ausländer den Aufenthalt auf dem gesamten Staatsgebiet.	N
17	<i>Disposizioni in materia di rilascio dei documenti di viaggio europeo per il rimpatrio dei cittadini di paesi terzi il cui soggiorno è irregolare. Attuazione del regolamento (UE) n. 2016/1953</i>	Bestimmt den Quästor als zuständige Behörde für die Ausstellung des europäischen Reisedokuments für die Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger.	N
18	<i>Attuazione della direttiva di esecuzione (UE) n. 2019/68, della Commissione, del 16 gennaio 2019, che stabilisce le specifiche tecniche per la marcatura delle armi da fuoco e dei loro componenti essenziali a norma della direttiva 91/477/CEE del Consiglio relativa al controllo dell'acquisizione e della detenzione di armi, e attuazione della direttiva di esecuzione (UE) n. 2019/69, della Commissione, del 16 gennaio 2019 che stabilisce le specifiche tecniche relative alle armi d'allarme o da segnalazione a norma della direttiva 91/477/CEE del Consiglio relativa al controllo dell'acquisizione e della detenzione di armi</i>	<i>omissis</i>	
19	<i>Disposizioni per l'adeguamento alla direttiva 2013/40/UE del Parlamento europeo e del Consiglio, del 12 agosto 2013, relativa agli attacchi contro i sistemi di informazione e che sostituisce la decisione quadro 2005/222/GAI del Consiglio. Procedura di infrazione n. 2019/2033</i>	<i>omissis</i>	
20	<i>Disposizioni per l'adeguamento alla direttiva 2011/93/UE del Parlamento europeo e del Consiglio, del 13 dicembre 2011, relativa alla lotta contro l'abuso e lo sfruttamento sessuale dei minori e la pornografia minorile, e che sostituisce la decisione quadro 2004/68/GAI del Consiglio. Procedura di infrazione n. 2018/2335; caso EU Pilot 2018/9373</i>	<i>omissis</i>	
<i>Capo III DISPOSIZIONI IN MATERIA DI FISCALITÀ, DOGANE E RAVVICINAMENTO DELLE LEGISLAZIONI</i>			
21	<i>Attuazione della direttiva (UE) 2018/1910 del Consiglio del 4 dicembre 2018 che modifica la direttiva 2006/112/CE per quanto concerne l'armonizzazione e la semplificazione di determinate norme nel sistema dell'imposta sul valore aggiunto di imposizione degli scambi tra Stati Membri. Procedura di infrazione 2020/0070</i>	<i>omissis</i>	



22	<i>Razionalizzazione della normativa sanzionatoria applicabile ai casi di introduzione nel territorio dello Stato di piccoli quantitativi di merce contraffatta da parte del consumatore finale. Attuazione regolamento (CE) n. 608/2013</i>	omissis	
23	<i>Disposizioni in materia di agenti in attività finanziaria e mediatori creditizi. Attuazione della direttiva 2014/17/UE del Parlamento europeo e del Consiglio, del 4 febbraio 2014, in merito ai contratti di credito ai consumatori relativi a beni immobili resi-denziali e recante modifica delle direttive 2008/48/CE e 2013/36/UE e del regola-mento (UE) n. 1093/2010</i>	omissis	
<b>Capo IV DISPOSIZIONI IN MATERIA DI AFFARI ECONOMICI E MONETARI</b>			
24	<i>Disposizioni in materia di bilancio di eser-cizio e consolidato. Attuazione della diret-tiva 2013/34/UE del Parlamento europeo e del Consiglio, del 26 giugno 2013, relativa ai bilanci d'esercizio, ai bilanci consolidati e alle relative relazioni di talune tipologie di imprese, recante modifica della direttiva 2006/43/CE del Parlamento europeo e del Consiglio e abrogazione delle direttive 78/ 660/CEE e 83/349/CEE del Consiglio</i>	omissis	
25	<i>Disposizioni in materia di marcatura e for-mato elettronico unico di comunicazione delle relazioni finanziarie annuali. Attua-zione del regolamento delegato (UE) 2018/ 815 della Commissione, del 17 dicembre 2018, che integra la direttiva 2004/109/CE del Parlamento europeo e del Consiglio per quanto riguarda le norme tecniche di regolamentazione relative alla specificazione del formato elettronico unico di comunicazione</i>	omissis	
26	<i>Disposizioni sanzionatorie in caso di abusi di mercato. Procedura di infrazione 2019/2130</i>	omissis	
27	<i>Attuazione della direttiva (UE) 2020/1504 del Parlamento europeo e del Consiglio, del 7 ottobre 2020, che modifica la direttiva 2014/65/UE relativa ai mercati degli strumenti finanziari.</i>	omissis	
28	<i>Modifiche al codice delle assicurazioni private. Attuazione della direttiva (UE) 2019/2177 del Parlamento europeo e del Consiglio, del 18 dicembre 2019, che modifica la direttiva 2009/138/CE, in materia di accesso ed esercizio delle attività di assicurazione e di riassicurazione (solvibilità II), la direttiva 2014/65/UE, relativa ai mercati degli strumenti finanziari, e la direttiva (UE) 2015/849, relativa alla prevenzione dell'uso del sistema finanziario a fini di riciclaggio o finanziamento del terrorismo.</i>	omissis	
<b>Capo V DISPOSIZIONI IN MATERIA DI SANITA'</b>			
29	<i>Disposizioni relative alla vendita di medicinali veterinari per via telematica. Attuazione della direttiva 2004/28/CE del Parlamento europeo e del Consiglio, del 31 marzo 2004, che modifica la direttiva 2001/82/CE recante un codice comunitario relativo ai medicinali veterinari</i>	Das Gesundheitsministerium wird als die Behörde ernannt, die hauptsächlich für die Aufsichts- und Sanktionsfunktionen zur Bekämpfung der illegalen Praxis des Verkaufs von Tierarzneimitteln auf telematischem Wege zuständig ist und es werden Verwaltungsstrafen eingeführt.	N
30	<i>Modifica all'articolo 1, comma 536, della legge 30 dicembre 2018, n. 145. Caso NIF n. 2020/4008. Pubblicità nel settore sanitario</i>	Abänderung der Regelung bezüglich der Verpflichtung, für jede private Gesundheitseinrichtung einen medizinischen Leiter zu haben.	H



31	<i>Disposizioni relative alla vendita di prodotti cosmetici per via telematica. Attuazione del regolamento (CE) n. 1223/2009 del Parlamento europeo e del Consiglio, del 30 novembre 2009, sui prodotti cosmetici</i>	<i>omissis</i>	
32	<i>Disposizioni relative alla vendita di biocidi per via telematica. Attuazione del regolamento (UE) n. 528/2012 del Parlamento europeo e del Consiglio, del 22 maggio 2012, relativo alla messa a disposizione sul mercato e all'uso dei biocidi</i>	Benennung des Gesundheitsministeriums als Hauptaufsichtsbehörde für die Kontrolle des Online-Verkaufs von Biozid-Produkten.	N
33	<i>Disposizioni sulla protezione degli animali utilizzati a fini scientifici. Procedura di infrazione n. 2016/2013</i>	Verlängert (vom 1. Jänner 2022) bis zum 30. Juni 2022 die Aussetzung bestimmter Verbote von Tierversuchverfahren zu wissenschaftlichen Zwecken.	N
<p><i>Capo VI</i>  <b>DISPOSIZIONI IN MATERIA DI PROTEZIONE DEI CONSUMATORI</b></p>			
34	<i>Designazione dell'autorità competente per l'esecuzione del regolamento (UE) 2017/1128 del Parlamento europeo e del Consiglio del 14 giugno 2017 relativo alla portabilità transfrontaliera di servizi di contenuti online nel mercato interno</i>	<i>omissis</i>	
35	<i>Modifica all'articolo 7-bis del decreto legislativo 21 marzo 2005, n. 66, in materia di emissioni di gas ad effetto serra</i>	Verlängert die Verpflichtungen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen über das Jahr 2020 hinaus.	N
36	<i>Modifiche al decreto legislativo 9 giugno 2020, n. 47, in materia di sistema europeo per lo scambio di quote di emissione dei gas a effetto serra</i>	<i>omissis</i>	
37	<i>Designazione delle autorità competenti per l'esecuzione del regolamento (UE) 2017/2394 del Parlamento europeo e del Consiglio, del 12 dicembre 2017, sulla cooperazione tra le autorità nazionali responsabili dell'esecuzione della normativa che tutela i consumatori e i loro poteri minimi</i>	Abänderung einiger Artikel des Verbraucherschutzgesetzes. Insbesondere wird vorgesehen, dass die Wettbewerbsbehörde als zuständige Behörde für die Anwendung der Europäischen Richtlinie über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen benannt wird. Darüber hinaus verfügen das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und die anderen zuständigen Behörden - die gemäß den einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2017/2394 bestimmt werden - über alle Mindestbefugnisse und üben diese gemäß den Bestimmungen derselben Verordnung aus, wobei sie die zusätzlichen und weitergehenden Befugnisse behalten, die ihnen durch die geltenden Rechtsvorschriften zugewiesen werden. Zudem wird das Gesetzbuch über die Regulierung und den Markt des Tourismus dahingehend geändert, dass die Wettbewerbs- und Marktbehörde als zuständige Behörde für die Anwendung der EU-Richtlinie über Pauschalreisen und damit verbundene touristische Dienstleistungen bestimmt wird. Schließlich werden auch die staatlichen Regelungen bzgl. Sanktionen bei Verstößen gegen die Verordnung (EU) Nr. 181/2011 über die Fahrgastrechte im Busverkehr geändert.	N
<p><i>Capo VIII</i>  <b>DISPOSIZIONI IN MATERIA DI ENERGIA</b></p>			
38	<i>Disposizioni sulla metodologia di calcolo da utilizzare per la determinazione di energia prodotta dai biocarburanti e dai bioliquidi. Procedura d'infrazione 2019/2095</i>	Ändert das gesetzvertretende Dekret zur Umsetzung der Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen ab und legt fest, dass die Nachhaltigkeitskriterien für Biokraftstoffe und flüssige Biobrennstoffe, auch zum Zweck der Überprüfung ihrer Konformität, diejenigen sind, die in dem Dekret zur Umsetzung	H



		der Richtlinie über die Qualität von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen vorgesehen sind. Mit diesem Artikel werden auch die Kriterien für die Berechnung des Anteils von Energie aus erneuerbaren Quellen bei allen Verkehrsträgern geändert.	
<i>Capo VIII ALTRE DISPOSIZIONI</i>			
39	<i>Modifiche all'articolo 2 della legge 24 dicembre 2012, n. 234, concernente il Comitato interministeriale per gli affari europei</i>	Ändert die Zusammensetzung des Personals der Regionen oder autonomen Provinzen, das die Abteilung für Europapolitik des Ministerratspräsidiums einsetzen kann.	H
40	<i>Modifiche alla legge 24 dicembre 2012, n. 234, concernenti il ruolo del Parlamento nel processo decisionale relativo alla posizione da assumere in sede europea.</i>	Ändert das Gesetz Nr. 234/2012 über die Beteiligung Italiens an der Ausarbeitung und Umsetzung der europäischen Rechtsvorschriften. Insbesondere werden die Bestimmungen über das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung im europäischen Entscheidungsprozess abgeändert.	N
41	<i>Modifica all'articolo 29 della legge 24 dicembre 2012, n. 234, concernente la legge di delegazione europea e la legge europea</i>	Abänderung des Gesetzes Nr. 234/2012 über die Beteiligung Italiens an der Ausarbeitung und Umsetzung der europäischen Rechtsvorschriften. Insbesondere kann die Regierung dem Parlament bis zum 31. Juli eines jeden Jahres einen zusätzlichen Entwurf für ein Europagesetz vorlegen, dessen Titel durch die Worte "zweites Halbjahr" ergänzt wird.	N
42	<i>Modifica all'articolo 43 della legge 24 dicembre 2012, n. 234, concernente il diritto di rivalsa dello Stato nei confronti di regioni o di altri enti pubblici responsabili di violazioni del diritto dell'Unione europea</i>	Sieht die Festlegung von Kriterien und Verfahren für die Voruntersuchungsverfahren für die Ausübung von Regressrechts des Staates gegen Regionen oder andere öffentliche Körperschaften vor, die für Verstöße gegen das Recht der Europäischen Union verantwortlich sind.	H
43	<i>Monitoraggio parlamentare sull'attuazione del Piano nazionale di ripresa e resilienza</i>	Regelt die Modalitäten der parlamentarischen Überwachung der Umsetzung des Nationalen Plans für Wiederaufbau und Resilienz (NRP).	N
44	<i>Rafforzamento delle strutture del Ministero dell'economia e delle finanze preposte alle attività di gestione, monitoraggio e controllo degli interventi UE per il periodo di programmazione 2021/2027</i>	<i>omissis</i>	
45	<i>Assunzione di personale presso l'Autorità nazionale anticorruzione</i>	<i>omissis</i>	
46	<i>Sviluppo della funzione consultiva</i>	<i>omissis</i>	
47	<i>Disposizioni relative al versamento delle risorse proprie dell'Unione europea. Anticipazione del Fondo di Rotazione e reintegro sui capitoli di bilancio dello Stato</i>	Es enthält Bestimmungen, die die rechtzeitige Zahlung der Beiträge Italiens zur Finanzierung des Gesamthaushaltsplans der EU sicherstellen sollen.	H
48	<i>Clausola di invarianza finanziaria</i>	<i>omissis</i>	

Das gegenständliche Gesetz wurde im Gesetzesanzeiger der Republik Nr. 12 vom 17. Jänner 2022 veröffentlicht und ist am 1. Februar 2022 in Kraft getreten.